

BERICHT
über die
PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES
zum 31.12.2024
der
oekostrom AG energy group

1100 Wien
Laxenburger Straße 2

Wien, 22.4.2025

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	1
2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	2
Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Konzernabschluss und Konzernlagebericht	2
Erteilte Auskünfte	2
Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 UGB (Ausübung der Redepflicht)	2
3. Bestätigungsvermerk	3

BEILAGENVERZEICHNIS	Beilage
---------------------	---------

Konzernabschluss und Konzernlagebericht

Konzernabschluss zum 31.12.2024	
Konzernbilanz zum 31.12.2024	I
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024	II
Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals und ihre Entwicklung für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024	III
Konzerngeldflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024	IV
Konzernanhang	V
Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024	VI

Andere Beilagen

Allgemeine Auftragsbedingungen	VII
--------------------------------	-----

RUNDUNGSHINWEIS

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats der
oekostrom AG energy group,
Wien

Wir haben die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31.12.2024 der

oekostrom AG energy group,
Wien,
(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. PRÜFUNGSVERTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 7.6.2024 der oekostrom AG energy group, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt. Gemäß § 270 Abs. 2 UGB gelten wir, da kein anderer Konzernabschlussprüfer bestellt wurde, auch als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses.

Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Konzernabschluss zum 31.12.2024 und den Konzernlagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen.¹

Bei der geprüften Muttergesellschaft handelt es sich um eine fünffach große Gesellschaft gemäß § 271a Abs. 1 UGB; sie unterliegt der Verpflichtung zur Einrichtung eines Aufsichtsrates.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Konzernabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Konzernlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

An den Prüfungsausschuss erstatten wir gesondert einen zusätzlichen Bericht gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) 537/2014.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Konzernabschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Konzernabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

¹ Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

Im Rahmen der Prüfung wurden die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse daraufhin geprüft, ob sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ob die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften beachtet worden sind.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von November bis Dezember 2024 (Vorprüfung) sowie von März bis April 2025 (Hauptprüfung) durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. (FH) René Berger, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage VII) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Konzernabschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Konzernabschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

FESTSTELLUNGEN ZUR GESETZMÄßIGKEIT VON KONZERNABSCHLUSS UND KONZERNLAGEBERICHT

Bei der Prüfung der Konsolidierung sowie der einbezogenen Jahresabschlüsse wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung festgestellt. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse berücksichtigen im Wesentlichen die vom Mutterunternehmen für den Konzernabschluss vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien und stellen eine geeignete Grundlage für die Einbeziehung in den Konzernabschluss dar. Die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften wurden beachtet.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

ERTEILTE AUSKÜNFTE

Die gesetzlichen Vertreter haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

STELLUNGNAHME ZU TATSACHEN NACH § 273 ABS. 2 UGB (AUSÜBUNG DER REDEPFLICHT)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Konzernabschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des geprüften Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3. BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Konzernabschluss der oekostrom AG energy group, Wien, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31.12.2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals und ihrer Entwicklung und der Konzerngeldflussrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31.12.2024 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und dem Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz 2010 (EIWOG) und dem Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG).

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und dem Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz 2010 (EIWOG) und dem Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG) ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes, der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- ▶ Wir planen die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns zu erlangen als Grundlage für die Bildung eines Prüfungsurteils zum Konzernabschluss. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

BERICHT ZUM KONZERNLAGEBERICHT

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Konzernlagebericht nicht festgestellt.

Wien, 22.4.2025

BDO Assurance GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. (FH) René Berger
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mario Muik, MA
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiiva

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte (Software)	139.781,55		47,45	
2. Firmenwert	7.190.147,88	7.329.929,43	7.682,26	7.729,71
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, Bauten auf fremdem Grund	737.204,96		450,03	
2. Technische Anlagen und Maschinen	76.865.117,26		62.734,72	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	370.308,45		214,51	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	3.284.666,63	81.257.297,30	1.455,01	64.854,27
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)	12.500,00		16,75	
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	2.955.152,88		3163,76	
3. Ausleihungen an assoziierte Unternehmen	1.150.064,61		627,21	
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	42.591,53	4.160.309,02	0,68	3.808,40
	92.747.535,75		76.392,37	
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		73.926,40		51,93
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.080.249,37		34.209,61	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 0)				
2. Forderungen gegenüber assoziierten Unternehmen	72.230,55		136,60	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 0)				
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	12.589.004,09	38.741.484,01	3.551,20	37.897,40
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 0)				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		39.553.311,86		37.292,50
		78.368.722,27		75.241,84
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		1.582.847,87		1.043,98
D. Aktive latente Steuern				
		579.383,40		662,56
	173.278.489,29		153.340,75	

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
I. eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		12.308.092,76		12.308,09
abzüglich eigene Anteile		-66.314,44		-22,88
II. Kapitalrücklagen				
1. Gebundene	13.691.621,97		13.691,61	
2. Nicht gebundene	998.171,24		998,17	
3. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-1.466.813,36	13.222.979,85	-1.466,81	13.222,97
III. Gewinnrücklagen				
Rücklage für eigene Anteile	66.314,44		22,88	
andere Rücklagen (freie Rücklagen)	12.420.639,94	12.486.954,38	2.614,20	2.637,08
IV. Ausgleichsposten aus Währungsumrechnung		-2.439,17		34,15
V. Nicht beherrschende Anteile		3.677.908,81		1.575,91
VI. Bilanzgewinn, davon Gewinnvortrag EUR 21.281.673,89 (Vorjahr TEUR 12.969)		17.767.389,85		25.921,20
		59.394.572,03		55.676,53
B. Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln				
		5.022.442,23		337,89
C. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	6.941.905,86		6.823,38	
2. Sonstige Rückstellungen	11.105.871,63	18.047.777,50	8.703,14	15.526,52
D. Verbindlichkeiten				
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 36.126.599,93 (Vorjahr TEUR 26.090)				
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 54.675.193,86 (Vorjahr TEUR 55.693)				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.268.033,36		62.980,85	
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 7.805.061,75 (Vorjahr TEUR 7.521)				
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 54.462.971,61 (Vorjahr TEUR 55.460)				
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.173.138,90		857,61	
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.173.138,90 (Vorjahr TEUR 858)				
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.081.195,37		14.520,54	
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 24.081.195,37 (Vorjahr TEUR 14.521)				
4. Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	9.862,50		13,01	
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 9.862,50 (Vorjahr TEUR 13)				
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.269.563,66	90.801.793,79	3.410,98	81.782,98
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.057.341,41 (Vorjahr TEUR 3.178)				
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 212.222,25 (Vorjahr TEUR 233)				
davon aus Steuern EUR 1.705.765,80 (Vorjahr TEUR 2.759)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 172.140,39 (Vorjahr TEUR 1)				
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
		11.903,74		16,84
	173.278.489,29		153.340,75	

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024**

	EUR	2024 EUR	EUR	2023 TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse			133.640.027,41		129.121,44
2. Andere aktivierte Eigenleistungen			0,00		258,54
3. Sonstige betriebliche Erträge					
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		239.490,89		100,21	
b) Übrige		288.519,88	528.010,77	68,59	168,80
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen					
a) Materialaufwand		-89.753.186,04		-78.854,40	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-927.302,34	-90.680.488,38	-836,47	-79.690,86
5. Personalaufwand					
a) Gehälter		-7.416.561,17		-5.278,43	
b) soziale Aufwendungen					
ba) Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen		-94.279,07		-64,41	
bb) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge		-1.645.387,72		-1.166,83	
bc) Sonstige Sozialaufwendungen		-138.423,64	-9.294.651,60	-69,88	-6.579,55
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-5.324.291,63		-4.717,26
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 15 fallen		-174.602,35		-126,52	
b) Übrige		-16.860.584,56	-17.035.186,91	-16.647,08	-16.773,60
8. Betriebsergebnis (Zwischensumme aus Z 1 bis 7)			11.833.419,66		21.787,52
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens			41,50		0,02
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			734.386,77		498,00
davon aus assoziierten Unternehmen EUR 45.554,36 (Vorjahr: TEUR 42)					
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-1.432.743,27		-1.416,38
davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 0)					
12. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen			327.391,86		466,89
13. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z 9 bis 12)			-370.923,14		-451,46
14. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z 8 und Z 13)			11.462.496,52		21.336,05
15. Steuern vom Einkommen			-2.492.823,86		-5.271,84
davon aus latenten Steuern EUR -1.441.353,26 (Vorjahr TEUR -1.802)					
16. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss			8.969.672,66		16.064,21
17. Fremdanteile am Jahresergebnis			-2.545.794,70		-734,77
18. Konzernanteil am Jahresergebnis			6.423.877,96		15.329,44

oekostrom AG energy group

Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals und ihrer Entwicklung für das Geschäftsjahr 2024

	Grundkapital	Gebundene Kapitalrücklage	Nicht gebundene Kapitalrücklage	Unterschieds- betrag aus der Kapital- konsolidierung	Andere Gewinnrücklagen	Ausgleichsposten aus Währungs- umrechnung	Bilanzgewinn	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zuzurechnendes Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Konzerneigenkapital
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
31.12.2022	12.306	13.692	998	-1.467	305	57	13.711	39.602	949	40.550
Jahresergebnis							15.329	15.329	735	16.064
Umbuchung					2.409		-2.409	0	0	0
Ausschüttung							-742	-742	-100	-842
Erwerb eigener Anteile	-21				-77		0	-98	0	-98
Währungsumrechnung						-23	32	9	-8	3
31.12.2023	12.285	13.692	998	-1.467	2.637	34	25.921	54.100	1.576	55.677
Jahresergebnis							6.424	6.424	2.546	8.970
Umbuchung					10.000		-10.000	0	0	0
Ausschüttung							-4.640	-4.640	-427	-5.067
Erwerb eigener Anteile	-43				-150		0	-193		-193
Währungsumrechnung						-36	62	26	-16	9
31.12.2024	12.242	13.692	998	-1.467	12.487	-2	17.767	55.717	3.678	59.395

oekostrom AG energy group

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	2024 TEUR	2023 TEUR
Ergebnis vor Steuern	11.462	21.336
Überleitung auf den Nettogeldfluss aus der betrieblichen Geschäftstätigkeit:		
Verlust aus dem Abgang von Anlagen	0	402
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Investitionsbereichs	5.324	4.717
Beteiligungserträge, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sowie sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.052	904
Auflösung Investitionszuschuss	-222	-28
Geldfluss aus dem Ergebnis	17.617	27.332
Veränderung der		
Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-864	-18.739
Rückstellungen, ausgenommen für Ertragsteuern, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	2.046	4.647
	9.480	-5.368
Netto-Geldfluss aus der betrieblichen Tätigkeit vor Steuern	28.278	7.872
Zahlungen für Ertragsteuern	-4.492	-252
Netto-Geldfluss aus der betrieblichen Tätigkeit	23.786	7.619
Auszahlungen für Finanzanlagenzugang	-543	0
Auszahlungen für Anlagenzugang (ohne Finanzanlagen)	-3.278	-16.076
Auszahlungen für Anteilerwerb	-8.207	-41
Einzahlungen aus nachträglicher Kaufpreisminderung Erwerb	0	399
Einzahlungen aus Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln	4.906	48
Einzahlungen aus Beteiligungs-, Zinsen und Wertpapiererträgen	587	514
Netto-Geldfluss aus der Investitionstätigkeit	-6.535	-15.155
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	7.131
Auszahlungen für die Tilgung von Finanzkrediten	-8.236	-6.068
Kapitalerhöhung	0	0
Gewinnausschüttung Fremdanteil	-427	-100
Dividendenzahlung	-4.640	-742
Erwerb eigener Anteile	-194	-98
Auszahlungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.433	-1.416
Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-14.929	-1.294
Währungsumrechnungsdifferenzen	-62	49
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	2.260	-8.780
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten am Beginn der Periode	37.293	46.073
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten am Ende der Periode	39.553	37.293

Anhang für den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1. Konsolidierungskreis

Die folgenden verbundenen Unternehmen wurden im Wege der Vollkonsolidierung gemäß § 244 (1) UGB in den Konzernabschluss einbezogen:

Firmenname	Firmensitz	Konzern- anteil in %
oekostrom AG energy group	Wien	Mutterunter- nehmen
oekostrom GmbH für Vertrieb, Planung und Energiedienstleistungen	Wien	100
oekostrom Produktions GmbH	Wien	100
Wind Invest s.r.o.	Prag, CZ	75
oekostrompark Kittsee GmbH	Wien	100
oekostrom Slovakia s.r.o.	Bratislava, SK	100
Windpark Kohlenberge GmbH & Co KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
oekostrom Handels GmbH	Wien	100
DH solar s.r.o.	Bratislava, SK	100
oekostrompark Parndorf sieben GmbH & Co KG	Wien	68
ZETASOLAR s.r.o.	Bratislava, SK	100
A R B Trade s.r.o.	Bratislava, SK	100
obnoviteľné zdroje, spol. s r.o.	Bratislava, SK	100
Satmont s.r.o.	Bratislava, SK	100
Stovateam s.r.o.	Bratislava, SK	100
EpsilonPark s.r.o.	Bratislava, SK	100
MeinAlpenstrom GmbH	Wien	100
Agromysla s.r.o.	Ruzomberok, SK	100
Fotovoltaická elektrárň Svinná s.r.o.	Povazska Bystrica, SK	100
Energiepark Bultensee WP BULT GmbH & Co KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
oekostrom Service s.r.o.	Bratislava, SK	100
oekostrom Solar Orechova s.r.o.	Bratislava, SK	100
Windkraft Pfaffengrün GmbH & Co. KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
Windrad Mihla GmbH & Co. KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
Windenergieanlage Jetsch GmbH & Co. KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
Windenergieanlage Heyen GmbH & Co. KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	100
FVE Ipelka s.r.o.	Bratislava, SK	100
My Energy spv2 k.s.	Bratislava, SK	100
Helio Energy k.s.	Bratislava, SK	100
DH energy k.s.	Bratislava, SK	100
oekostrom Innviertel GmbH	Wien	100
Power2Market GmbH	Wien	51

Die folgenden assoziierten Unternehmen wurden im Wege der Equity-Methode gemäß § 244 (1) UGB in den Konzernabschluss einbezogen:

Firmenname	Firmensitz	Konzern-anteil in %
KRESANDA, s.r.o.	Bratislava, SK	50
Windenergie Bardau GmbH	Leipzig, DE	50
Vetrna elektrarna Oldrisov s.r.o.	Prag, CZ	50
faire Windkraft GmbH	Wien	40
Windpark Wansleben Repowering GmbH & Co KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	40
VE Telek s.r.o.	Galanta, SK	50
Planet energy Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	40
Davon Energiepark Erftstadt-Erp I GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	40
Davon Energiepark Erftstadt-Erp II GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	40
Davon Energiepark Erftstadt-Erp GbR	Hamburg, DE	40

Gemäß § 249 (2) UGB wurden folgende verbundene Unternehmen aufgrund ihrer Wesentlichkeit nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen:

Firmenname	Firmensitz	Konzern-anteil in %
oekostrom-windrise Hungaria Kft.	Kunsziget, HU	70
oekostrom Deutschland GmbH	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	50
Beteiligungsgesellschaft 1 s. r. o .	Bratislava, SK	100
Beteiligungsgesellschaft 2 s. r. o .	Bratislava, SK	100
Beteiligungsgesellschaft 3 s. r. o .	Bratislava, SK	100

1.2. Konsolidierungsgrundsätze

Als Bilanzstichtag des oekostrom AG-Konzerns wurde jener der oekostrom AG energy group (nachfolgend kurz oekostrom AG) gewählt. Alle vollkonsolidierten Gesellschaften erstellten ihre Jahresabschlüsse ebenfalls zum 31. Dezember 2024.

Für die Kapitalkonsolidierung wurde die Buchwertmethode angewendet. Dabei wurde das anteilige Eigenkapital der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung dem jeweiligen Buchwert der Beteiligung gegenübergestellt. Seit 1. Jänner 2016 wird die Kapitalkonsolidierung gemäß § 254 Abs.1 UGB nach der Neubewertungsmethode vorgenommen.

Die Unterschiedsbeträge nachfolgender Unternehmen resultieren aus zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierungen bestehender Bilanzgewinne bzw. -verluste:

- oekostrom GmbH für Vertrieb, Planung und Energiedienstleistungen
- oekostrom Produktions GmbH

Da diese Unternehmen seit ihrer Gründung Tochter- bzw. Enkelgesellschaften der oekostrom AG waren, wurden die aus der Erstkonsolidierung resultierenden Unterschiedsbeträge mit dem Bilanzverlust verrechnet.

Der Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung der oekoplan Energiedienstleistungen GmbH, die rückwirkend zum 31. Dezember 2011 mit der oekostrom GmbH für Vertrieb, Planung und Energiedienstleistungen (nachfolgend kurz oekostrom GmbH) verschmolzen wurde, in Höhe von EUR - 1.466.813,36, wurde offen von der gebundenen Kapitalrücklage abgesetzt.

Für alle weiteren vollkonsolidierten Unternehmen zeigt die folgende Tabelle die Stichtage der Erstkonsolidierung, den Unterschiedsbetrag nach Berücksichtigung von stillen Reserven (insbesondere bei Produktionsanlagen) zum Erstkonsolidierungszeitpunkt sowie die Nutzungsdauer der Firmenwerte:

Firmenname	Stichtag der Erstkonsolidierung	Unterschiedsbetrag gemäß § 254 (3) UGB	Verteilung des Unterschiedsbetrages gemäß § 261 (1) UGB
Wind Invest s.r.o.	31.12.2010	EUR 123.641,87	10 Jahre
oekostrompark Kittsee GmbH	01.01.2011	-	-
oekostrom Slovakia s.r.o.	01.01.2012	EUR 612.375,59	14 Jahre
Windpark Kohlenberge GmbH & Co KG	01.01.2015	EUR 424.225,48	20 Jahre
oekostrom Handels GmbH	01.01.2015	-	-
DH solar s.r.o.	01.01.2017	EUR 359.281,34	10 Jahre
oekostrompark Parndorf sieben GmbH & Co KG	01.01.2019	-	-
ZETASOLAR s.r.o.	31.12.2021	EUR 678.682,27	20 Jahre
A R B Trade s.r.o.	31.12.2021	EUR 411.601,92	20 Jahre
obnoviteľné zdroje, spol. s r.o.	31.12.2021	EUR 625.600,22	20 Jahre
Satmont s.r.o.	31.12.2021	EUR 825.788,84	20 Jahre
Stovateam s.r.o.	31.12.2021	EUR 445.233,31	20 Jahre
EpsilonPark s.r.o.	01.01.2022	EUR 327.266,98	20 Jahre
MeinAlpenstrom GmbH	01.01.2022	EUR 861.661,87	3 Jahre
Agromysla s.r.o.	31.12.2022	EUR 3.429.063,00	19 Jahre
Fotovoltaická elektrárna Svinná s.r.o.	31.12.2022	EUR 1.009.035,00	19 Jahre
Energiepark Bultensee WP BULT GmbH & Co KG	01.01.2023	EUR 261.755,26	20 Jahre*
oekostrom Service s.r.o.	01.01.2023		
oekostrom Solar Orechova s.r.o.	01.01.2023		
Windkraft Pfaffengrün GmbH & Co. KG	31.12.2024		
Windrad Mihla GmbH & Co. KG	31.12.2024		
Windenergieanlage Jetsch GmbH & Co. KG	31.12.2024		

Windenergieanlage Heyen GmbH & Co. KG	31.12.2024		
FVE Ipelka s.r.o.	31.12.2024		
My Energy spv2 k.s.	31.12.2024		
Helio Energy k.s.	31.12.2024		
DH energy k.s.	31.12.2024		
oekostrom Innviertel GmbH	01.01.2024		
Power2Market GmbH	01.01.2024	EUR 85.700,00	10 Jahre

* Außerplanmäßige Abschreibung des Firmenwertes im Vorjahr

Konzernunternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogenen werden, wurden in den folgenden Jahren erstmalig konsolidiert:

Firmenname	Jahr der Erst-konsolidierung
KRESANDA s.r.o.	2016
Windenergie Bardau GmbH	2017
Vetrna elektrarna Oldrisov s.r.o.	2018
faire Windkraft GmbH	2019
Windpark Wansleben Repowering GmbH & Co KG	2019
Planet energy Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG	2024
VE Telek s.r.o.	2024

Für die Währungsumrechnung der von der Wind Invest s.r.o. übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Devisenmittelkurs zum Stichtag 31. Dezember 2024 in Höhe von 25,14 CZK/EUR (Vorjahr: 24,69 CZK/EUR) herangezogen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde mit einem Durchschnittskurs des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 25,12 CZK/EUR (Vorjahr: 24,754 CZK/EUR) umgerechnet.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung wurden sämtliche Forderungen gegen vollkonsolidierte Konzernunternehmen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten aufgerechnet.

Sämtliche konzerninternen Aufwendungen und Erträge wurden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert.

Keines der vollkonsolidierten Unternehmen weist Abweichungen von den vom Mutterunternehmen angewandten Bewertungsvorschriften auf.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1. Allgemeine Grundsätze

Der Konzernabschluss wurde nach den Vorschriften der § 189 ff UGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Konzerns unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden – soweit gesetzlich geboten – berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Gliederungsvorschriften der § 231 ff UGB wurden eingehalten.

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die keinen Betrag aufweisen, werden gemäß § 223 (7) UGB nicht angeführt.

Die Bewertungsmethoden bei den Vermögens- und Schuldposten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

2.2. Anlagevermögen

Bezüglich der Entwicklung der Posten des Anlagevermögens wird auf den beiliegenden Anlagenspiegel verwiesen.

2.2.1. Immaterielles Anlagevermögen

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

- Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte: 2 – 7 Jahre
- Firmenwert: 3 – 20 Jahre

2.2.2. Sachanlagen

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 (Vorjahr EUR 1.000,00) wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

- Bauten auf fremdem Grund: 1,5 – 8 Jahre
- Technische Anlagen und Maschinen: 5 – 20 Jahre

- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung: 1 – 13 Jahre

2.2.3. Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten bewertet, unter Berücksichtigung niedrigerer beizulegender Werte zum Bilanzstichtag.

2.3. Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe: Zu letzten Anschaffungskosten unter Beachtung niedrigerer Marktpreise

2.4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

2.5. Rückstellungen

In den Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem Zinssatz von 1,48 % bis 1,98 % (Vorjahr: von 0,84 % bis 2,50 %) abgezinst.

Die Rückstellung für Aufwendungen im Zusammenhang mit Jubiläen iHv EUR 240.595,53 (Vorjahr: EUR 235.702,11.) ist nach finanzmathematischen Methoden unter Anwendung eines 7-jährigen Durchschnittszinssatzes von 1,97 % (Vorjahr: 1,75 %) und einer Gehaltssteigerungsrate von 3,00 % (Vorjahr: 4,00 %) ermittelt. Dabei wurden Fluktuationsabschläge in Abhängigkeit der Dienstzugehörigkeit berücksichtigt.

2.6. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

3.1. Erläuterungen zur Bilanz

3.1.1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel dargestellt. (Beilage 1).

3.1.1.1. Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)

Firmenname	Firmensitz	Eigenkapital	Anteil in %	Letztes Ergebnis	Bilanzstichtag
oekostrom-windrise Hungária Kft. *)	Kunsziget, HU	THUF - 7.717	70	THUF -730	31.12.2023
oekostrom Deutschland GmbH	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	TEUR 24	50	TEUR 1	31.12.2024
Beteiligungsgesellschaft 1 s. r. o.	Bratislava, SK	TEUR 9	100	TEUR -1	31.12.2024
Beteiligungsgesellschaft 2 s. r. o.	Bratislava, SK	TEUR 4	100	TEUR -1	31.12.2024
Beteiligungsgesellschaft 3 s. r. o.	Bratislava, SK	TEUR 9	100	TEUR -1	31.12.2024

*) Für die Gesellschaften oekostrom-windrise Hungária Kft. lag zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch kein Jahresabschluss 2024 vor.

3.1.1.2. Anteile an assoziierten Unternehmen

Firmenname	Firmensitz	Eigenkapital	Anteil in %	Letztes Ergebnis	Bilanzstichtag
faire Windkraft GmbH	Wien	TEUR 2.764	40	TEUR 488	31.12.2024
KRESANDA, s.r.o.	Bratislava, SK	TEUR -217	50	TEUR -84	31.12.2024
Windpark Wansleben Repowering GmbH & Co KG	Bad Homburg v.d. Höhe, DE	TEUR 161	40	TEUR -181	31.12.2024
Windenergie Bardau GmbH	Leipzig, DE	TEUR 107	50	TEUR 82	31.12.2024
Vetrna elektrarna Oldrisov s.r.o.	Prag, CZ	TCZK 46	50	TCZK 6	31.12.2024
Planet energy Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	TEUR 2	40	TEUR 17	31.12.2024
Energiepark Erftstadt-Erp I GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	TEUR -18	40	TEUR -19	31.12.2024
Energiepark Erftstadt-Erp II GmbH & Co. KG	Hamburg, DE	TEUR -10	40	TEUR -10	31.12.2024
Energiepark Erftstadt-Erp GbR (Infrastrukturgesellschaft)	Hamburg, DE	TEUR 4	40	TEUR -2	31.12.2024

3.1.1.3. Ausleihungen an assoziierte Unternehmen

Die Ausleihungen gegenüber assoziierten Unternehmen betreffen

- die Gesellschaft KRESANDA, s.r.o. – der Saldo zum 31. Dezember 2024 beträgt EUR 341.100,00, davon EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 341.100,00) fällig innerhalb eines Jahres – und
- die Gesellschaft Windenergie Bardau GmbH. Der Saldo zum 31. Dezember 2024 beträgt EUR 286.108,71, davon EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 286.108,71) fällig innerhalb eines Jahres.
- die Gesellschaft Planet energy Windpark Erfstadt GmbH & Co KG. Der Saldo zum 31. Dezember 2024 beträgt EUR 522.855,90, davon EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00) fällig innerhalb eines Jahres.

3.1.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Netzbetreibern aus dem Endkund:innengeschäft iHv EUR 37.934,13 (Vorjahr: EUR 51.630,45) enthalten.

Die Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen weist am 31. Dezember 2024 einen Stand von EUR 496.803,37 (Vorjahr: EUR 635.183,42) auf.

Die Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen weist am 31. Dezember 2024 einen Stand von EUR 2.623.545,97 (Vorjahr: EUR 1.515.465,79) auf.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber assoziierten Unternehmen betreffen die Gesellschaft KRESANDA s.r.o. in Höhe von EUR 50.612,63 (Vorjahr: EUR 33.489,96), die Gesellschaft faire Windkraft GmbH in Höhe von EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 48.000,00), die Windpark Wansleben Repowering GmbH & Co KG in Höhe von EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 476,00).

Forderungen aus sonstigen Leistungen gegenüber assoziierten Unternehmen betreffen die Gesellschaft Windenergie Bardau GmbH in Höhe von EUR 2.861,62 (Vorjahr: EUR 2.861,62), die Vetrna elektrarna Oldrisov s.r.o. in Höhe von EUR 375,86 (Vorjahr: EUR 31.213,83).

Die sonstigen Forderungen betreffen im wesentlichen Kautionen für den Energiehandel EUR 2.399.171,00 (Vorjahr: EUR 3.519.868,27) sowie Forderungen gegenüber Bund und Land aus Förderungen von Endkunden EUR 8.551.202,09 (Vorjahr: EUR 710.632,41)

Sonstige Forderungen in Höhe von EUR 105.373,69 (Vorjahr: EUR 157.721,33) betreffen Erträge, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.1.3. Aktive latente Steuern

Latente Steuerschulden und Steueransprüche werden auf Basis der erwarteten Steuersätze ermittelt, die zum Zeitpunkt der Erfüllung der Steuerbelastung oder -entlastung voraussichtlich Geltung haben werden.

Zwischen den unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen folgende Unterschiedsbeträge bzw. Steuerlatenzen:

	Aktiv	Passiv	Aktiv	Passiv	Bewegungen
	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2023	
Anlagevermögen	1.987.100,45	-25.978.647,97	1.847.961,03	-13.200.887,22	-12.638.621,33
Geldbeschaffungskosten	5.175,29	0,00	9.746,51	0,00	-4.571,22
Jubiläumsgeldrückstellung	116.403,16	0,00	110.132,45	0,00	6.270,71
Pauschalwertberichtigungen	9.473,3	0,00	18.946,59	0,00	-9.473,30
Aufwands- und Pauschalrückstellungen	2.669.197,74	0,00	2.700.907,93	0,00	-31.710,18
sonstiges	0,00	0,00	87.578,69	0,00	-87.578,69
Summe aktive / passive Unterschiedsbeträge	4.787.349,94	-25.978.647,97	4.775.273,19	-13.200.887,22	-12.765.684,00
davon Erstkonsolidierung zum 31.12.2024	34.613,26	-6.195.017,61			
davon 23% AT, 21% SK, 21% CZ, 11,74 u 30% DE	1.001.518,40	-4.488.725,28	1.028.215,13	-2.945.173,84	
aktive / passive Saldogröße	-3.358.311,96		-1.916.958,70		
Latenter Steueraufwand (-) / Steuerertrag (+)	-1.441.353,26		-1.801.831,50		

3.1.4. Eigenkapital

Das Grundkapital in Höhe von EUR 12.308.092,76 (Vorjahr: EUR 12.308.092,76) ist voll einbezahlt und zerlegt in 1.855.812 (Vorjahr: 1.855.812) Namensaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je EUR 6,63. (Vorjahr: EUR 6,63)

Die eigenen Anteile iHv EUR 66.314,44 (Vorjahr: EUR 22.880,25) zu einem Nennbetrag iHv EUR 6,63 (Vorjahr: EUR 6,63) wurden vom eingeforderten und eingezahlten Grundkapital abgezogen.

3.1.5. Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Die Entwicklung der Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln ist in Beilage 2 zum Anhang ersichtlich.

Die oekostrompark Parndorf sieben GmbH & Co KG hat im Jahr 2020 einen Investitionszuschuss bei der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH beantragt. Dieser Zuschuss für Förderbare Neuinvestitionen für Investitionsmaßnahmen der Ökologisierung mit einer Förderhöhe von 14% der Förderbaren Neuinvestition wurde von der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH genehmigt.

Die Bestätigung für die Auszahlung der EUR 4.906.469,10 von der aws ist per 26.04.2024 bei uns eingegangen. Die Auszahlung hat am 27.06.2024 auf das Bankkonto der oekostrompark Parndorf sieben GmbH & Co KG stattgefunden.

3.1.6. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
Steuerrückstellungen	6.941.905,87	6.823.380,68
Personalarückstellungen	1.957.936,38	1.319.027,78
Rückstellungen für Großreparaturen & Rückbau	2.939.970,31	2.658.056,88
Rückstellungen für Rechts- und Beratungsaufwand	127.520,00	256.415,00
Andere Rückstellungen	6.080.444,94	4.469.635,51
	18.047.777,50	15.526.515,85

3.1.7. Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt EUR 26.601.490,98 (Vorjahr: EUR 29.827.230,52).

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Netzbetreibern aus dem Endkund:innengeschäft iHv EUR 788.304,48 (Vorjahr: EUR 346.052,23) enthalten.

Die Verbindlichkeiten aus sonstigen Leistungen gegenüber assoziierten Unternehmen betreffen die Gesellschaft KRESANDA s.r.o. in Höhe von EUR 9.862,50 (Vorjahr: EUR 13.009,64).

3.1.8. Sicherheiten

Zur Besicherung von diversen Krediten bei in- und ausländischen Banken iHv EUR 61.623.431,79 (Vorjahr: EUR 62.980.848,65) wurden:

- die Geschäftsanteile im Ausmaß von 100 % an der oekostrom Slovakia s.r.o., der oekostrom Park Parndorf sieben GmbH Co KG, der Windpark Kohlenberge GmbH & Co KG, Windenergie Bardau GmbH, der ZETASOLAR s.r.o., A R B Trade s.r.o., der obnoviteľné zdroje, spol. s r.o., der Satmont s.r.o., der Stovateam s.r.o., der EpsilonPark s.r.o., der Agromysla s.r.o., der Fotovoltaická elektrárnen Svinná s.r.o., Energiepark Bultensee WP BULT GmbH & Co KG, Windkraft Pfaffengrün GmbH & Co. KG, Windrad Mihla GmbH & Co. KG, Windenergieanlage Jetsch GmbH & Co. KG, Windenergieanlage Heyen GmbH & Co. KG, My Energy spv2 k.s., Helio Energy k.s., DH energy k.s., verpfändet.
- Weiters wurden die kreditfinanzierten technischen Anlagen und Grundstücksrechte, die Forderungen aus Erträgen aus den kreditfinanzierten technischen Anlagen, die Gewinnausschüttungen der jeweiligen Gesellschaften verpfändet.

- Darüber hinaus wurde das Eintrittsrecht in Nutzungs- und Dienstbarkeitsverträge sowie in den Netznutzungsvertrag an den Kreditgeber und
- die Rechte aus Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherung an den Kreditgeber abgetreten.
- Die Geschäftskonten mit einem Saldo von EUR 21.177.344,96 (Vorjahr: EUR 8.832.020,88) ausgewiesen unter Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten
- die Geschäftskonten mit einem Saldo von EUR 219.458,62 (Vorjahr: EUR 219.458,62) ausgewiesen unter sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände wurden verpfändet.

3.1.9. Haftungsverhältnisse

Die oekostrom AG energy group hat einen Haftungskredit mit der UniCredit Bank Austria AG in Höhe von EUR 113.652,31 (Vorjahr: EUR 44.640,00) für die Kautions für die Bürofläche in Laxenburger Straße 2 abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist die S & P Laxenburger Straße Immobilienentwicklungs GmbH & Co OG.

Die oekostrom GmbH hat einen Haftungskredit mit der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG in Höhe von EUR 825.000,00 (Vorjahr: EUR 825.000,00) für das Endkund:innengeschäft abgeschlossen.

Die oekostrom Handels GmbH hat einen Haftungskredit mit der UniCredit Bank Austria AG in Höhe von EUR 11.750.000,00 (Vorjahr: EUR 6.730.000,00), davon ausgenutzt EUR 7.930.000,00 (Vorjahr: EUR 6.730.000,00) und einen Haftungskredit mit der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG in Höhe von EUR 7.250.000,00 (Vorjahr: EUR 4.050.000,00), davon ausgenutzt EUR 5.050.000,00 (Vorjahr: EUR 3.600.000,00) für das Endkund:innengeschäft und das Handelsgeschäft abgeschlossen.

Die oekostrom Produktions GmbH hat zwei Haftungskredite mit der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG in Höhe von EUR 95.000,00 (Vorjahr: EUR 95.000,00) für den Rückbau der Windkraftanlagen abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist die Verpächterin.

Die oekostrompark Kittsee GmbH hat einen Haftungskredit mit der UniCredit Bank Austria AG in Höhe von EUR 269.850,00 (Vorjahr: EUR 260.636,57) für den Rückbau der Windkraftanlagen abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See.

Die oekostrompark Parndorf sieben GmbH & Co KG hat einen Haftungskredit mit der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG in Höhe von EUR 761.732,35 (Vorjahr: EUR 761.732,35) für den Rückbau der Windkraftanlagen abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See.

Die Windpark Kohlenberge GmbH & Co KG hat einen Haftungskredit mit der UmweltBank AG in Höhe von EUR 74.500,00 (Vorjahr: EUR 74.500,00) für den Rückbau der Windkraftanlagen

abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist der Landkreis Uckermark, Deutschland.

Die Energiepark Bultensee WP BULT GmbH & Co KG hat einen Haftungskredit mit der Deutsche Kreditbank AG in Höhe von EUR 165.387,00 (Vorjahr: EUR 165.387,00) für den Rückbau der Windkraftanlagen abgeschlossen. Begünstigte der unter diesem Haftungskredit ausgestellten Bankbürgschaft ist der Landkreis Verden, die Gemeinde Oyten und die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, Deutschland.

3.1.10. Finanzinstrumente

Das Unternehmen hat zur Absicherung des Zinsrisikos im Geschäftsjahr 2012 einen Swap mit der UniCredit Bank Austria AG abgeschlossen, zum 31. Dezember 2024 folgende Barwert aufweist:

Swap: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 3.701,93)

Da zwischen den Swaps und dem zugrundeliegenden Darlehen ein Sicherungszusammenhang besteht, wurden die negativen Marktwerte nicht rückgestellt.

Die oekostrompark Kittsee GmbH hat zur Absicherung des Zinsrisikos Verträge mit der UniCredit Bank Austria AG abgeschlossen, die zum 31. Dezember 2024 folgende Barwerte aufweisen:

Swap: EUR 33.381,86 (Vorjahr: EUR 67.710,10)

Swap: EUR -757,55 (Vorjahr: EUR 158,28)

Da zwischen den Swaps und dem zugrundeliegenden Darlehen ein Sicherungszusammenhang besteht, wurden die negativen Marktwerte nicht rückgestellt.

Im Rahmen der Sicherungsstrategie für die Absicherungen von Marktpreisrisiken aus dem Bezug von Gas und Strom werden langfristige Termingeschäfte für den prognostizierten Absatz bzw. für die Stromproduktion für den prognostizierten Verkauf abgeschlossen. Diese umfassen neben OTC Geschäften (Forwards) auch direkte Verträge mit Kraftwerksbetreibern.

Da ein sachlicher und zeitlicher Zusammenhang zwischen den Sicherungsgeschäften und den Absatz- bzw. Produktionsmengen besteht und sich künftig gegenläufige Auswirkungen aus den Geschäften ergeben, werden etwaige negative Marktwerte aus diesen Termingeschäften nicht bilanziell erfasst. Die Saldierung der beizulegenden Zeitwerte aller derivativen Finanzinstrumente des Portfolios ergab einen positiven Betrag.

Darüber hinaus werden für Dritte Beschaffungen am Energiemarkt (OTC Forwards) von Strom am österreichischen und deutschen Markt abgewickelt. Diese Geschäfte werden dabei back-to-back vorgenommen, wodurch keine offenen Risikopositionen bestehen.

Im Geschäftsjahr wurden neben den Termingeschäften mit physischer Lieferung (Forwards) auch finanzielle Absicherungen mit der UniCredit Bank Austria AG abgeschlossen. Diese Absicherungen stehen ebenfalls im direkten Zusammenhang mit dem prognostizierten eigenen Absatz bzw.

Beschaffungen für Dritte. Da ein direkter Sicherungszusammenhang besteht, wurde der negative Marktwert zum Stichtag in Höhe von EUR 764.574,80 nicht rückgestellt.

3.1.11. Verpflichtungen aus der Nutzung nicht ausgewiesener Sachanlagen

Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen (§ 224 (2) A II UGB) gegenüber Dritten (Mieten und Pachten):

Geschäftsjahr 2025:	EUR 1.137.351,30 (Vorjahr EUR 879.934,93)
Geschäftsjahre 2026-2029:	EUR 5.586.397,01 (Vorjahr EUR 3.491.338,33)

3.2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die in Position 5. b) ba) der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Beträge betreffen, wie auch im Vorjahr, nur Zahlungen an die Mitarbeitervorsorgekasse.

Netzerlöse und -aufwendungen aus dem Endkund:innengeschäft werden saldiert dargestellt.

Die Umsatzerlöse ohne Netzannteil betragen EUR 133.640.027,41 (Vorjahr: EUR 129.121.443,63), davon entfallen EUR 40.101.296,18 (Vorjahr EUR 33.389.869,81) auf Umsätze innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Die Umsatzerlöse setzen sich aus folgenden Tätigkeitsbereichen zusammen:

- Endkundengeschäft: EUR 78.596.601,88 (Vorjahr: EUR 86.085.571,01)
- Handel: EUR 41.610.222,41 (Vorjahr: EUR 30.984.535,00)
- Erzeugung und sonstiges: EUR 13.433.203,12 (Vorjahr: EUR 12.051.337,59)

4. Sonstige Angaben

4.1. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Personen an:

- Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Aufsichtsratsvorsitzender) ab 07.06.2024
- Mag. Wolfgang Adler (Mitglied) ab 07.06.2024
- Florian Beckermann, LL.M. (Mitglied) ab 07.06.2024
- Ing. Michael Galhaup (Mitglied, Betriebsrat) bis 19.12.2024
- Astrid Kiener, MBA (Stellvertreterin des Vorsitzenden) ab 07.06.2024 (Aufsichtsratsvorsitzende bis 07.06.2024)
- Astrid Kiener, MBA (Stellvertreterin des Vorsitzenden) ab 07.06.2024
- Georg Lettner (Mitglied, Betriebsrat) ab 20.12.2024
- Mag. Barbara Liebich-Steiner (Mitglied)
- Florian Maringer (Mitglied) ab 07.06.2024
- Dr. Wilhelm Okressek (Stellvertreter der Vorsitzenden) bis 07.06.2024
- Mariella Orasch, MSc (Mitglied, Betriebsratsvorsitzende) ab 20.12.2024

- Peter Potocky (Mitglied, Betriebsrat) von 07.06. 2024 bis 19.12.2024
- Mag. Wolfgang Rafaseder (Mitglied) bis 07.06.2024
- Mag (FH) Elisabeth Reinthaler, MSc (Mitglied, Betriebsrat) ab 20.12.2024
- Elisabeth Thurnher (Mitglied, Betriebsratsvorsitzende) bis 19.12.2024

Die Vergütung, an die von der Hauptversammlung bestellten, Aufsichtsratsmitglieder (d.h. ohne vom Betriebsrat entsendete Mitglieder, diesen steht keine Vergütung zu) für das Jahr 2024 betrug EUR 144.950,48 (Vorjahr: EUR 88.290,00).

4.2. Vorstand

Im Geschäftsjahr 2024 bestand der Vorstand aus folgenden Personen:

- Dr. Ulrich Streibl mit Gesamteinkünften iHv EUR 348.766,08 (Vorjahr EUR 230.461,96) davon EUR 135.616,52 (Vorjahr: EUR 61.058,69) als variabler Gehaltsbestandteil aus Bonusvereinbarungen.
- DI. Dr. Hildegard Aichberger (bis 30.04.2024) mit Gesamteinkünften iHv EUR 212.853,58 (Vorjahr: EUR 215.050,77) davon EUR 138.781,47 (Vorjahr: EUR 56.556,76) als variabler Gehaltsbestandteil aus Bonusvereinbarungen.
- Dr. Mag. Jan Häupler (ab 03.05.2024) mit Gesamteinkünfte iHv EUR 143.440,51 (Vorjahr: EUR 0,00) davon EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00) als variabler Gehaltsbestandteil aus Bonusvereinbarungen.

Es wurden keine Vorschüsse oder Kredite an die Vorstände gewährt.

4.3. Dienstnehmer:innen

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer:innen, gegliedert nach Arbeiter:innen und Angestellten, betrug:

	2024	2023
Arbeiter:innen	0	0
Angestellte	90	80
	90	80

4.4. Kosten für den Abschlussprüfer

Aufwendungen für die Prüfung der Einzelabschlüsse und des Konzernabschlusses: EUR 87.440,00 (Vorjahr: EUR 65.600,00). Aufwendungen für sonstige Bestätigungsleistungen: EUR 4.580,00 (Vorjahr: EUR 4.390,00). Aufwendungen für sonstige Leistungen: EUR 1.200,00 (Vorjahr: EUR 0,00).

4.5. Ergebnisverwendung

Es ist geplant, bei der Hauptversammlung eine Ausschüttung iHv EUR 1,20 pro Aktie vorzuschlagen.

4.6. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag haben keine wesentlichen Ereignisse stattgefunden.

Wien, am 22. April 2025


Dr. Ulrich Streibl, 22.04.2025 17:50
Freigegeben mit XTrust M OKIS


Jan Häupler, 22.04.2025 17:46
Freigegeben mit XTrust M OKIS

Dr. Ulrich Streibl

Dr. Mag. Jan Häupler

Vorstand oekostrom AG energy group

Konzernanlagespiegel für das Geschäftsjahr 2024

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						kumulierte Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand 01.01.2024	Währungs- umrechnungs- differenzen	Zugänge aus Erst- konsolidierung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2024	Stand 01.01.2024	Währungs- umrechnungs- differenzen	Abschreibung	Zuschreibung	Abgänge	Stand 31.12.2024	Stand 01.01.2024	Stand 31.12.2024
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	1.158.780,19	0,00	43.140,00	126.313,58	0,00	0,00	1.328.233,77	1.111.332,93	0,00	77.119,29	0,00	0,00	1.188.452,77	47.447,26	139.781,55
2. Firmenwert	9.975.783,76	0,00	85.700,00	10.000,00	0,00	0,00	10.071.483,76	2.293.519,51	0,00	587.815,37	0,00	0,00	2.881.334,88	7.682.264,26	7.190.147,88
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	11.134.563,95	0,00	128.840,00	136.313,58	0,00	0,00	11.399.717,53	3.404.852,44	0,00	664.934,66	0,00	0,00	4.069.787,10	7.729.711,52	7.329.929,43
II. Sachanlagen															
1. Grundstücke, Bauten auf fremdem Grund	599.188,67	-79,40	240.104,60	60.380,64	0,00	0,00	899.594,51	149.161,65	0,00	13.227,90	0,00	0,00	162.389,55	450.027,02	737.204,96
2. Technische Anlagen und Maschinen	102.049.221,98	-66.534,85	17.909.157,66	16.786,01	85.277,75	710.827,00	120.534.180,05	39.314.500,65	-59.245,92	4.413.808,05	0,00	0,00	43.669.062,78	62.734.721,32	76.865.117,26
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	697.186,40	0,00	0,00	269.145,39	7.282,59	0,00	959.049,20	482.675,90	0,00	106.064,84	0,00	0,00	588.740,77	214.510,50	370.308,45
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	1.455.008,06	0,00	0,00	2.540.485,58	0,00	-710.827,00	3.284.666,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.455.008,06	3.284.666,63	
5. Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	126.256,18	126.256,18	0,00	0,00	0,00	0,00	126.256,18	0,00	126.256,18	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	104.800.605,11	-66.614,25	18.149.262,26	3.013.053,80	218.816,52	0,00	125.677.490,40	39.946.338,20	-59.245,92	4.659.356,97	0,00	126.256,18	44.420.193,10	64.854.266,90	81.257.297,30
III. Finanzanlagen															
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)	25.068,48	0,00	0,00	0,00	0,00	-4.250,00	20.818,48	8.318,48	0,00	0,00	0,00	0,00	8.318,48	16.750,00	12.500,00
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	3.163.755,40	0,00	20.574,00	0,00	233.426,51	4.250,00	2.955.152,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.163.755,39	2.955.152,88
3. Ausleihungen an assoziierten Unternehmen	627.208,71	0,00	0,00	522.855,90	0,00	0,00	1.150.064,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	627.208,71	1.150.064,61
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	682,00	0,00	41.909,53	0,00	0,00	0,00	42.591,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	682,00	42.591,53
5. Anzahlung Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	3.816.714,59	0,00	62.483,53	522.855,90	233.426,51	0,00	4.168.627,51	8.318,48	0,00	0,00	0,00	0,00	8.318,48	3.808.396,10	4.160.309,02
Summe Anlagevermögen															
	119.751.883,65	-66.614,25	18.340.585,79	3.672.223,28	452.243,03	0,00	141.245.835,44	43.359.509,13	-59.245,92	5.324.291,63	0,00	126.256,18	48.498.298,69	76.392.374,52	92.747.535,76

Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln

	Stand 01.01.2024	Zuführung	Auflösung durch Zeitablauf	Auflösung durch Ausscheidung	Stand 31.12.2024
Sachanlagen					
Technische Anlagen und Maschinen	337.890,61	4.906.468,75	221.917,13	0,00	5.022.442,23
Summe Investitionszuschüsse	337.890,61	4.906.468,75	221.917,13	0,00	5.022.442,23

Konzernlagebericht des Vorstandes

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns

Die oekostrom AG energy group ist eine nicht börsennotierte österreichische Aktiengesellschaft im Eigentum von mehr als 3.000 Aktionär:innen. Ziel der oekostrom AG ist es, so viele Menschen wie möglich für den verstärkten Einsatz sauberer Energien zu begeistern und als Kund:innen und Aktionär:innen zu gewinnen. Die oekostrom AG ist überzeugt, dass unternehmerische Verantwortung und der Schutz von Klima, Umwelt und guten Lebensbedingungen Hand in Hand gehen müssen.

Die oekostrom AG-Gruppe ist in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Der Geschäftsbereich Produktion entwickelt, akquiriert und betreibt Wind- und Photovoltaik-Kraftwerke und ist in der oekostrom Produktions GmbH angesiedelt. Sie besitzt Kraftwerke und hält Beteiligungen an den Kraftwerksgesellschaften (mit Ausnahme der Slovakia s.r.o. oekostrom, der oekostrom-Service s.r.o. und der oekostrom-Solar Orechova s.r.o., die aus regulatorischen Gründen direkt von der oekostrom AG gehalten werden).
- Der Geschäftsbereich Handel wird über die Tochtergesellschaft oekostrom Handels GmbH abgewickelt. Sie übernimmt die Energiebeschaffung für die oekostrom AG-Gruppe und für externe Handelspartner:innen sowie die Vermarktung von selbst erzeugten und kontrahierten Energiemengen. Weiters berät sie bei Beschaffungen und Vermarktungen innerhalb oekostrom AG-Gruppe und bewirtschaftet eigene Handelspositionen.
- Der Geschäftsbereich Vertrieb wird durch die Tochtergesellschaften oekostrom GmbH für Vertrieb, Planung und Energiedienstleistungen sowie MeinAlpenStrom GmbH erbracht. Der Geschäftsbereich Vertrieb versorgt Privat-, Gewerbe- und Großkund:innen mit Strom aus 100 % sauberer Energie und liefert Bestandskund:innen ein Wärmeprodukt mit bis zu 100 % Biogasanteil.

Die oekostrom AG ist als Holding zu je 100 % an der oekostrom Produktions GmbH, der Slovakia s.r.o. oekostrom, der oekostrom-Service s.r.o, der oekostrom-Solar Orechova s.r.o, der oekostrom Handels GmbH, der oekostrom GmbH und der MeinAlpenStrom GmbH beteiligt. Sie ist für Investor Relations, Public Relations, Kommunikation und Marketing zuständig, stellt als Dienstleistungen IT-Services sowie IT-Infrastruktur und das Finanzwesen zur Verfügung und verantwortet das konzernweite interne Kontrollsystem sowie das konzernweite Risikomanagement.

1.1. Rahmenbedingungen

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III (Renewable Energy Directive III), die im Jahr 2023 in Kraft trat, wurde 2024 weiter konkretisiert. Demgemäß müssen die EU-Mitgliedstaaten bis 2030 einen Anteil von mindestens 42,5 % erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch sicherstellen.

Zusätzlich wurden weitere Vorgaben zur Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren eingeführt, die bis Mai 2025 in nationales Recht übergeführt werden müssen.

Seitens der Republik Österreich wurde die im Jahr 2023 in Kraft gesetzte UVP-G Novelle im Jahr 2024 weiterentwickelt, um Umweltverträglichkeitsprüfungen in Österreich insbesondere für erneuerbare Energien schneller, transparenter und digitaler zu machen. In der Praxis sind diese Verbesserungen nach Einschätzung der oekostrom AG nur teilweise eingetreten.

Nach wie vor war in den Bundesländern bei den Zonierungen für Windkraft- und Großflächenphotovoltaik in Summe deutlich zu wenig Dynamik zu spüren, um ausreichend Flächen für die Erzeugung von erneuerbarem Strom zur Verfügung zu haben. Eine Verfehlung der Klimaziele Österreichs und der EU ist daher wahrscheinlich.

Daher müssen nach Einschätzung der oekostrom AG zeitnah weitere Zonierungen erfolgen, damit die im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) festgesetzten Ziele erreicht werden können.

Zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz liegt ein fertiger Entwurf vor, der einen zukunftsfähigen Rahmen und gute Voraussetzungen für den Umbau des Stromsystems in Richtung erneuerbare Energien bietet. Leider wurde dieses wichtige Gesetzesvorhaben ebenso wie das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz bis zum heutigen Tag nicht beschlossen.

Der Geschäftsbereich Handel sah im Jahr 2024 nach den extremen Schwankungen 2022 und 2023 in Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine eine spürbare Beruhigung an den Energiemärkten. Obwohl die Großhandelspreise im Jahr 2024 höher als 2021 waren, dies auch inflationsbedingt, kann vom Übergang von einer krisenbedingten Hochpreisphase in eine Normalpreisphase gesprochen werden. Die Energiemärkte sind aus Sicht der oekostrom AG in einem mittelfristig stabilen Gleichgewicht mit marktüblichen Schwankungen. Von einer Energiekrise oder einer Energiepreiskrise kann nicht gesprochen werden. Markteingriffe seitens der Politik haben daher aus Sicht der oekostrom AG keine Berechtigung.

Zu Jahresbeginn wurde das Frontjahr (Cal-25 Base DE) noch zu über 95 EUR/MWh gehandelt und sank dann im ersten Quartal kontinuierlich bis unter EUR 70/MWh. Im weiteren Jahresverlauf stiegen die Preise dann wieder auf bis zu ca. 100 EUR/MWh. Auch die monatlichen Spotpreise des Jahres 2024 in Österreich hatten einen ähnlichen Verlauf mit einem Tiefstwert von ca. 60 EUR/MWh im April und einem Höchstwert von über 130 EUR/MWh im November. Das sind aus Sicht der oekostrom AG normale Schwankungsbreiten im Strommarkt. Aufgrund der erforderlichen Gleichzeitigkeit von Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie bei begrenzter Speicherbarkeit ist Strom grundsätzlich erheblichen Preisschwankungen unterworfen.

Das Preisniveau am österreichischen und mitteleuropäischen Strommarkt ist vor allem von zwei Faktoren geprägt. Zum einen haben Gaskraftwerke weiterhin eine hohe Bedeutung, womit der Gaspreis eine Rolle bei der Strompreisbildung spielt. Zum anderen ist das Dargebot erneuerbarer Energie sehr wichtig. In Phasen hoher Erzeugungsmengen aus Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik sind die Strompreise an den europäischen Großhandelsmärkten

für Energie niedrig.

Die Normalisierung der Großhandelspreise führte naturgemäß auch zu einem Sinken der Endkund:innentarife. Die Energieanbieter haben sowohl ihre Tarife für neue Kund:innen als auch die Konditionen für bestehende Vertragsverhältnisse nach unten angepasst. In Österreich können Kund:innen zwischen mehreren Dutzend Stromanbietern wählen, die wiederum eine breite Palette an Produkten – von spotpreisabhängigen bis hin zu fixen Tarifen mit Preisgarantie – anbieten. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern ist sehr hoch. Dadurch stellen sich bestmögliche Konditionen für die Kund:innen ein.

Mit Jahresbeginn 2025 wurden staatliche Unterstützungsmaßnahmen, die in der Zeit der Hochpreisphase in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine eingeführt wurden, reduziert. Das führte zu einer erhöhten Anzahl an Stromanbieter- und Tarifwechseln durch die Kund:innen.

1.2. Geschäftsverlauf

Die Rückkehr zu normalen Großhandelspreisen und einer Volatilität im üblichen Rahmen haben sowohl Risiken als auch unsere Ertragschancen wieder in Richtung eines zu erwartenden Normalbereichs geführt. Die Jahre 2022 und 2023 müssen als Ausnahmejahre gewertet werden. Sehr hohen Risiken, die bei einigen Stromanbietern zu Insolvenzen und Zahlungsschwierigkeiten geführt haben, standen auch Chancen gegenüber, die die oekostrom AG Gruppe insbesondere aufgrund ihrer hohen Kompetenz im Energiehandel besonders gut nutzen konnte.

Aufgrund des Übergangs in eine mittelfristige Normalpreissituation lagen die Erträge im Jahr 2024 sowohl aus der Vermarktung unserer selbsterzeugten Strommengen als auch die Erträge im Stromvertrieb im Rahmen der üblichen Schwankungsbreiten. In der Produktion waren die Erträge aufgrund einer deutlichen Mengensteigerung höher als im Vorjahr. Unser Energiehandel konnte sein Geschäft, vor allem den Handel mit Grünstrommengen und die Vermarktung von Partnerkraftwerken, ausbauen. Im Vertrieb standen wir unter erhöhtem Wettbewerbs- und Preisdruck. Zusätzlich belastete uns bedingt durch unsere mehrjährige Beschaffungsstrategie ein hoher durchschnittlicher Einkaufspreis. Aufgrund der Hochpreisjahre hatten wir noch teure Strommengen im Vertriebsportfolio, die unsere Margen erheblich unter Druck setzten. Diese Entwicklung ist bei langfristiger Beschaffung erwartbar und wurde entsprechend in unserer Planung berücksichtigt. In den kommenden Monaten und Jahren werden diese teuren Mengen sukzessive durch günstigere Beschaffungskonditionen abgelöst, sodass wir eine Normalisierung erwarten. Das zweite Halbjahr 2024 war daher insbesondere im Vertrieb spürbar schwächer als das erste.

Der Geschäftsbereich Produktion verzeichnete im Jahr 2024 eine Erzeugung von 199 GWh gegenüber 166 GWh im Jahr 2023. Die Steigerung erklärt sich einerseits durch die starke Produktion der österreichischen Windkraftanlagen speziell im ersten Quartal 2024 andererseits durch den Zukauf von vier in Betrieb befindlichen Windkraftanlagen in Deutschland mit einem Jahresarbeitsvermögen von rund 20 GWh pro Jahr. In finanzieller Hinsicht haben wir teilweise noch von den hohen Preisen der Vorjahre profitiert.

Die auf Basis einer EU-Verordnung erlassenen Gesetze zur Abschöpfung von Veräußerungserlösen aus erneuerbar erzeugtem Strom (Energiekrisenbeitrag-Strom) haben für die oekostrom AG-Gruppe für das Jahr 2023 in Österreich, Deutschland und der Tschechischen Republik wie erwartet zu entsprechenden Abschöpfungen geführt. Die zu Anfang des Jahres 2024 getätigte Verlängerung des Gesetzes in Österreich halten wir weiterhin für sachlich nicht gerechtfertigt. Trotz der bereits in Umsetzung befindlichen neuen PV-Projekte im Innviertel und in Parndorf sowie der Absetzbarkeit der damit einhergehenden Investitionen gehen wir für das Jahr 2024 von einem höheren Abschöpfungsbetrag wie im Vorjahr aus.

Besonders erfreulich war 2024 die Windstromerzeugung in Österreich. So lagen die Erzeugungsmengen unseres größten Windparks Parndorf VII im ersten vollen Betriebsjahr deutlich über unseren Erwartungen. Während die Produktion in Tschechien genau den Prognosen entsprach, fiel die Erzeugung in Deutschland zum Teil geringer aus. Das neu erworbene deutsche Windkraftportfolio mit vier Anlagen lief stabil, blieb jedoch etwas unter dem langjährigen Mittelwert. Bei unserem Kraftwerk in Wansleben, Deutschland, kam es im zweiten Quartal zu einem technischen Gebrechen, das zu einem längeren Stillstand eines der beiden Windräder führte. Aufgrund des aufrechten Vollwartungsvertrages mit inkludierter Verfügbarkeitsgarantie werden wir einen Teil des entgangenen Erlöses vom Anlagenhersteller ersetzt bekommen.

Die Solarenergieproduktion erreichte die langfristig erwartbaren Werte. Als neues Kraftwerk wurde im Frühjahr die Agri-PV-Anlage Sonnberg in der Steiermark in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um unsere erste nach dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz-geförderte Anlage, bei der die Fläche zur Stromerzeugung und als Schafweide doppelt genutzt wird.

Das Produktionsteam der oekostrom AG treibt zahlreiche weitere Wind- und Photovoltaik-Projekte voran. Unsere Pipeline umfasst Projekte in unterschiedlichen Entwicklungsstadien – von eigenen Greenfield-Projekten bis hin zu Übernahmen und Beteiligungen. Zusätzlich zum Kauf der vier bestehenden Windräder in Deutschland gelang es, gemeinsam mit unserem Partner Green Planet Projects GmbH ein vollständig entwickeltes Projekt für einen genehmigten und zu errichtenden Windpark südlich von Köln zu erwerben. Die Anlage wird nach Fertigstellung sechs Windräder mit einer Gesamtnennleistung von über 20 MW umfassen, wobei unser Anteil am Projekt 40 % beträgt. Bei einigen bestehenden Windkraftwerken in Österreich laufen derzeit Genehmigungsverfahren für das Repowering der Anlagen. Auch im Bereich der Photovoltaik-Entwicklung war 2024 ein erfolgreiches Jahr. Nach langen Genehmigungsprozessen wurden vier PV-Großprojekte mit insgesamt rund 40 MW genehmigt: das Hybrid-Kraftwerk PV Parndorf, zwei Agri-PV-Anlagen im Innviertel sowie ein PV-Projekt in Marchegg auf zwei alten Deponiestandorten. Für einige dieser Projekte haben wir bereits den Zuschlag bei der EAG-Marktprämienförderung erhalten.

Außerdem wurden in Niederösterreich und dem Burgenland Flächensicherungsverträge für weitere Wind- und Photovoltaikprojekte unterzeichnet. Gleiches gelang in der Steiermark, in Oberösterreich und in Kärnten für Photovoltaikprojekte. Zur Beschleunigung der Entwicklungszeiten haben wir unser Projektteam weiter vergrößert und unsere Kooperationen intensiviert.

Ende 2024 haben wir für unser Team in der Slowakei ein eigenes Büro in Bratislava eröffnet. Neben dem Kauf von drei bestehenden Photovoltaikanlagen im Megawatt-Bereich konnten wir bei der Planung und Vorbereitung von drei weiteren slowakischen PV-Projekten Fortschritte erzielen. Gleichzeitig wurde die Entwicklung mehrerer Windparks vorangetrieben. Beim Repowering-Projekt Protivanov in Tschechien befinden wir uns hinsichtlich einer Lösung für das nahegelegene Wetterradar in Verhandlungen mit den Behörden.

Unsere Handelssparte liegt mit ihrem Gesamtergebnis aus den Geschäftsfeldern Direktvermarktung und Grünstromhandel im Jahr 2024 deutlich über den Erwartungen, aber etwas unter dem Ergebnisniveau des Jahres 2023. Der Rückgang resultiert vor allem aus niedrigeren Einnahmen in der Direktvermarktung von Drittkraftwerken. Positiv ist zu vermerken, dass wir die vermarktete Menge steigern konnten. Die beginnende Marktberuhigung im Jahr 2023 führte zu geringeren Risikobewertungen bei den Verträgen für 2024 und damit auch zu geringeren Margen.

Der wesentliche Beitrag unserer Handelsgesellschaft zeigt sich nicht nur in deren eigenem Ergebnis, sondern auch in der erfolgreichen Optimierung für unsere Produktions- und Vertriebsgesellschaften. Die oekostrom AG-Gruppe hat die Phase extremer Marktpreise und hoher Volatilität gut gemeistert und daraus gezielt Chancen genutzt. Dies ist insbesondere der Expertise im Energiehandel und einer vorausschauenden Unternehmensstrategie zu verdanken. Unser integriertes Geschäftsmodell aus Produktion, Handel und Vertrieb hat sich auch im Jahr 2024 als robuste Erfolgsgeschichte erwiesen.

Auch unser Vertriebsteam setzte im Jahr 2024 seinen Erfolgskurs fort und erreichte am Jahresende trotz eines herausfordernden Marktumfeldes den bisherigen Rekordwert von 123.000 Zählpunkten. Der Nettozuwachs von über 16.500 Zählpunkten ist der bisher stärkste innerhalb eines Jahres in der Geschichte der oekostrom AG Gruppe. Die Anzahl der Gaskund:innen, die wir nach unserem Ausstieg aus dem Gasvertrieb im Jahr 2022 weiterhin beliefern, sank auf rund 3.000, wobei der Anteil an Biogas in den bestehenden Verträgen erhöht werden konnte.

Ein besonderer Meilenstein im Geschäftsjahr 2024 war der erstmalige Gesamtsieg der oekostrom AG in der Kategorie „Strom“ beim renommierten ÖGVS-Stromanbietertest. Auch im ÖGVS Branchenmonitor 2024 konnte das Unternehmen mit seinem exzellenten Kund:innenservice den ersten Platz sichern. Zudem gelang es, die Top-Platzierung aus dem Vorjahr in den Bereichen Kund:innenzufriedenheit und Preis-Leistungs-Verhältnis beim Gewerbestromtest zu verteidigen. Auch die Anzahl der Google-Rezensionen konnte per Ende 2024 auf einen neuen Rekordwert gesteigert werden, wobei die hohe Bewertung von 4,2 Sternen gehalten werden konnte.

Diese Bewertungen zeigen die Richtigkeit unserer eingeschlagenen Strategie mit vollem Fokus auf Top-Service für unsere Kund:innen und einer fairen Produkt- und Preisgestaltung.

Im Oktober 2024 führte die oekostrom AG mit oeko Spot+ einen neuen marktpreisabhängigen Tarif ein. Kund:innen mit Smart Meter profitieren von einer viertelstundengenauen Abrechnung und können durch ihr Verbrauchsverhalten ihre Energiekosten selbst steuern. Eine weitere

Innovation ist die Tarifoption smartSparen, die mit allen oekostrom-Tarifen kompatibel ist. Sie ermöglicht die automatisierte Steuerung großer Stromverbraucher wie Wärmepumpen oder E-Auto-Wallboxen, indem Lasten anhand von Preissignalen optimiert werden. Erste Kund:innen erzielten bereits Einsparungen von bis zu 25 %. Ungefähr 500 Kund:innen haben bereits ihre Geräte zur smartSparen Optimierung angemeldet und profitieren jetzt und zukünftig besonders an Tagen mit starken Preisschwankungen.

Auch die Weiterentwicklung der Digitalisierung im Kund:innenservice war ein wichtiger Baustein für unsere Erfolge im Vertrieb. Die Erweiterung des Kund:innenportals um neue Funktionen erlaubt eine eigenständige Verwaltung von Daten, Tarifen und Teilzahlungen durch unsere Kund:innen. Diese Optimierungen führten zu einer verstärkten Nutzung der digitalen Services und trugen gleichzeitig zur Effizienzsteigerung im Kund:innenmanagement bei.

Der Großkund:innenbereich verzeichnete im Jahr 2024 ebenfalls eine zufriedenstellende Entwicklung. Die Anzahl der Kund:innen konnte weiter ausgebaut werden und bestehende Abnehmer:innen wurden dank attraktiver Tarife und individueller Betreuung langfristig gebunden. Unsere variablen Spot-Tarife erfreuten sich weiterhin großer Beliebtheit, insbesondere wegen des Einsparpotenzials, der Flexibilität und der Möglichkeit, Laststeuerung optimal zu nutzen. Angesichts der Marktschwankungen und der wachsenden Komplexität in der Energiebeschaffung bleibt eine umfassende Beratung entscheidend für unseren langfristigen Erfolg. Die Churn-Rate blieb gering und zur Steigerung der Customer Experience arbeiten wir weiterhin kontinuierlich an Optimierungen.

Das Vertriebswachstum wurde durch gezielte Marketingkampagnen gefördert. Zum 25-jährigen Jubiläum der oekostrom AG lief im Frühjahr 2024 eine österreichweite Kampagne, die maßgeblich zur Neukund:innengewinnung beitrug. Ein Highlight war die oekostrom-Straßenbahn im Jubiläumsdesign in Wien. Der speziell aufgelegte oeko 25 Jubiläumstarif führte während der Kampagnenlaufzeit beinahe zu einer Verdopplung der Vertragsabschlüsse. Zusätzlich wurde im Rahmen einer Herbstkampagne der neue Tarif oeko Spot+ mit einer 360-Grad-Kampagne beworben, ebenso wie die Zusatzoption smartSparen.

Ein weiteres wichtiges im Jahr 2024 gestartetes Projekt betrifft die verstärkte Digitalisierung des Aktienhandelsplatzes auf unserer Plattform aktie.oekostrom.at. Dieser Handelsplatz ist ein System, auf dem Kaufinteressent:innen und Verkäufer:innen zueinanderfinden können. Die derzeit in Vorbereitung befindliche Veränderung zielt darauf ab, eine höhere Benutzerfreundlichkeit für den Handel mit Aktien zu schaffen. Nutzer:innen sollen selbstständig ihre persönlichen Daten ändern, Aktienbuchauszüge herunterladen und Aktientransaktionen effizienter und schneller als bisher abwickeln können. Wir erwarten das Go-Live der neuen Plattform mit Ende Mai 2025.

1.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für den Konzern ergibt sich in Summe ein EBIT in der Höhe von TEUR 11.833 und ein Jahresüberschuss in der Höhe von TEUR 8.970 (jeweils inklusive Fremdanlagen). Die

Eigenkapitalquote beträgt 35,30 %. Das Konzernjahresergebnis ohne Fremddanteile beträgt TEUR 6.424.

Kennzahlen in EUR	2024	2023
Umsatzerlöse	133.640.027	129.121.444
EBITDA	17.157.711	26.504.779
EBITDA Marge in %	12,84	20,53
EBIT	11.833.420	21.787.516
EK-Rentabilität in % ¹⁾	11,53	28,34
Gesamtrentabilität in % ²⁾	5,18	10,48
Nettoverschuldung ³⁾	22.714.721	25.688.345
Eigenkapitalquote in %	35,30	36,31
Nettoverschuldungsgrad in % ⁴⁾	39,73	46,14
Schulden tilgungsdauer ⁵⁾	3,17	7,88

1) Eigenkapitalrendite bezogen auf das Konzernergebnis ohne Fremddanteile (ROE)

2) Jahresergebnis mit Fremddanteilen bezogen auf die Bilanzsumme

3) Die Nettoverschuldung ergibt sich aus Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten abzüglich liquider Mittel.

4) Der Verschuldungsgrad ergibt sich aus Nettoverschuldung dividiert durch Eigenkapital.

5) Die Schulden tilgungsdauer ergibt sich aus der Division von Fremdkapital minus Cash-Bestand durch den operativen Cash-Flow

Der operative Cashflow beträgt TEUR 23.786, der Finanzierungscashflow TEUR -14.929 und der Investitionscashflow TEUR -6.535.

1.4. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umweltkennzahlen

Eingespartes CO2 durch Energieerzeugung in to	68.424
Eingespartes CO2 durch Energieverkauf in to	164.012
Eingespartes CO2 durch Energiehandel in to	216.276

Soziale Kennzahlen

Anzahl von Mitarbeiter:innen am 31.12.2024 (ohne Vorstand)	101
Frauenanteil am 31.12.2024 ohne Vorstand und AR	46 %
Frauenanteil in Führungspositionen inkl. Vorstand und AR	31 %
Frauenanteil im Aufsichtsrat	44%

2. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Prognosebericht)

Unser verstärktes Produktionsteam treibt die Projektentwicklung neuer Wind- und Photovoltaikanlagen sowohl im In- als auch im Ausland voran. Um den Herausforderungen

begrenzter Netzkapazitäten zu begegnen, setzen wir verstärkt auf Hybridkraftwerke und Batteriespeicher. Mit der Ergänzung bestehender Windparks durch Photovoltaikanlagen wollen wir vorhandene Netzanschlusspunkte optimal nutzen. Ein erstes erfolgreiches Beispiel dafür wird unser bislang größtes selbst entwickeltes PV-Kraftwerk, das in Parndorf errichtet wird. Nachdem wir von der EAG-Abwicklungsstelle die Förderzusage erhalten haben, erfolgt der Baustart im Jahr 2025. Zusätzlich beginnen wir im Mai 2025 mit dem Bau unseres Agri-PV-Kraftwerks in St. Veit im Innkreis, das noch im selben Jahr in Betrieb gehen wird. In unmittelbarer Nähe stehen bereits drei weitere PV-Projekte vor der Umsetzung.

Auch für das gemeinsam mit unserem Partner Green Planet Projects GmbH erworbene Windparkprojekt südlich von Köln ist der Baubeginn im Jahr 2025 geplant. Zudem setzen wir die Projektentwicklung in unseren Kernmärkten Österreich, Slowakei und Tschechien konsequent fort, insbesondere durch die Flächensicherung für potenzielle Windkraftstandorte.

Unsere M&A-Sparte wird auch 2025 gezielt nach Kaufprojekten in verschiedenen Entwicklungsstadien suchen, diese prüfen und umsetzen. Durch Zukäufe soll das Kapazitätswachstum beschleunigt werden, da eigenentwickelte Projekte aufgrund langer Planungs- und Genehmigungsverfahren mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Bei der Bewertung von Kraftwerksprojekten legt die oekostrom AG stets großen Wert auf ökologische Verträglichkeit und langfristige Wirtschaftlichkeit. Angesichts der sinkenden Großhandelspreise für Strom rechnen wir in den kommenden Jahren mit einem Rückgang der Ertragslage in der Sparte Produktion.

In unserer Handelssparte wird für das Lieferjahr 2025 ein Anstieg der Erträge im Vergleich zu 2024 erwartet. Dies basiert sowohl auf einer höheren Vertragsmenge in der Direktvermarktung als auch auf einer positiven Entwicklung im Grünstromhandel. Auch zukünftig sehen wir durch den starken Ausbau der erneuerbaren Energien Wachstumsmöglichkeiten im Handel. Gleichzeitig möchten wir die Zusammenarbeit mit bestehenden Handelspartner:innen vertiefen und unser Netzwerk durch neue Partnerschaften erweitern.

Die strategische Weiterentwicklung im Handel konzentriert sich besonders auf den Kurzfrist- und Flexibilitätshandel sowie die Integration von Erzeugungs- und Verbrauchseinheiten. Durch den Ausbau unseres Dienstleistungsportfolios bieten wir nun auch die Vermarktung von Flexibilitäten für Kraftwerksbetreiber:innen und Verbraucher:innen an. Ziel ist es, durch eine optimierte Nutzung von Produktionskapazitäten und flexiblen Lasten Chancen an den Kurzfrist- und Regelerneuriemärkten bestmöglich zu nutzen – und gleichzeitig einen Beitrag zur Netzstabilität zu leisten.

Für 2025 wird ein intensiver Wettbewerb im Endkund:innenmarkt erwartet. Die auslaufende Stromkostenbremse sowie die allgemeine Marktentwicklung dürften die Wechselbereitschaft weiterhin hochhalten. Diese hat sich wieder auf ein höheres Niveau eingependelt, das mit dem Zeitraum vor der Energiepreiskrise in Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine vergleichbar ist.

Um ihre Marktposition zu stärken, setzt die oekostrom AG weiterhin auf den Ausbau der Digitalisierung, eine transparente Preisgestaltung und innovative Tarife. Die im Jahr 2024 gestartete Tarifoption smartSparen soll auf weitere Gerätetypen wie Batteriespeicher und auf Märkte wie Intraday- und Regelenenergiehandel sowie den Gewerbe- und Industriesektor erweitert werden. Zusätzlich plant die oekostrom AG ihre Beteiligungsmodelle für Bürger:innen weiter auszubauen. Künftig sollen sich Interessierte an PV- und Windkraftanlagen in ihrer Region beteiligen können – entweder über spezielle Kraftwerkstarife oder durch direkte Investitionsmöglichkeiten wie den oekostrom „Energiebaustein“. Bis zum Jahr 2030 wird ein Gesamtwachstum von 150.000 Zählpunkten im Bereich der Neukund:innen angestrebt.

Mittelfristig erwarten wir, dass die Ergebnisse der kommenden Jahre aufgrund des Wachstums in allen Geschäftsfeldern deutlich über den historischen Werten vor 2022 liegen werden.

3. Risikoberichterstattung

3.1. Allgemeine Beschreibung der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist

Die unternehmerische Tätigkeit der oekostrom AG-Gruppe ist auf Gewinnerzielung in einem Markt ausgerichtet, der einerseits nach wie vor durch wenige sehr große Marktteilnehmer:innen sowie andererseits eine beachtliche Anzahl kleiner Wettbewerber:innen bestimmt ist. Um auf diesem Markt nicht nur bestehen zu können, sondern auch zu wachsen, werden unweigerlich Risiken eingegangen. Im Folgenden sind wesentliche Risiken, denen die oekostrom AG-Gruppe ausgesetzt ist und die ergriffenen Gegenmaßnahmen zusammengefasst.

3.2. Risiken in Finanzanlagen

Die oekostrom AG ist die Muttergesellschaft der oekostrom AG-Gruppe und finanziert sich zu wesentlichen Teilen aus Beteiligungserträgen ihrer Tochtergesellschaften. Die Tochter- bzw. Enkelgesellschaften haben teilweise externe Kreditverträge abgeschlossen, die es den Kreditgeber:innen bei Nicht-Erreichung gewisser Kennzahlen erlauben, Ausschüttungen dieser Tochter- bzw. Enkelgesellschaften zu untersagen. Darüber hinaus kann es auch aus Gründen der Marktentwicklung oder anderen Gründen dazu kommen, dass die Beteiligungserträge nicht oder nur teilweise an die oekostrom AG ausgeschüttet werden können.

Die Konzernmutter oekostrom AG leistet zudem von Zeit zu Zeit Sicherheiten für Verbindlichkeiten von Tochtergesellschaften und gibt Patronatserklärungen für Projektgesellschaften ab bzw. stellt die Emittentin Finanzierungen zur Verfügung. Im Fall der Insolvenz von Tochtergesellschaften besteht das Risiko, dass diese Verbindlichkeiten bzw. Patronatserklärungen schlagend werden und somit die Bonität der Konzernmutter oekostrom AG negativ beeinflussen.

Überschüssige liquide Mittel werden in Giroguthaben bzw. Festgeldern bei Kreditinstituten veranlagt.

3.3. Finanzwirtschaftliche Risiken

Im Rahmen der langfristigen Finanzierung von Kraftwerksprojekten entstehen Zinssatzänderungsrisiken. Zur Absicherung des damit verbundenen Risikos werden in fast allen Projektgesellschaften und in der oekostrom AG verschiedene Festzins- bzw. Swap-Vereinbarungen eingegangen. Die Absicherung erfolgt typischerweise im Umfang von 70 bis 100 % des Kreditvolumens. Währungsrisiken bestehen derzeit ausschließlich bei den Windparkprojekten Protivanov und Oldrisov, da die Einnahmen in Tschechischen Kronen erwirtschaftet werden und die Ausschüttungen an die oekostrom Produktions GmbH in Euro erfolgen.

Die oekostrom AG-Gruppe hatte zum 31.12.2024 einen steuerlichen Verlustvortrag von EUR 0,00.

3.4. Liquiditätsrisiken

Die oekostrom AG-Gruppe sichert Liquiditätsrisiken marktüblich durch das Vorhalten entsprechender Liquiditätsreserven sowie den Abschluss von Kontokorrentkrediten ab.

Das Liquiditätsrisiko durch den Stromeinkauf, der dem Stromverkauf zeitlich vorgelagert ist, wird einerseits durch den operativen Cashflow und andererseits durch Vorkassaa oder Übertragung von Bankgarantien abgedeckt. Aufgrund der sehr guten Erträge der letzten drei Jahre war die Liquiditätsausstattung der oekostrom AG Gruppe im Jahr 2024 sehr gut und wird weiterhin positiv eingeschätzt.

3.5. Wettbewerbsrisiken

Alle Geschäftsbereiche sind einem marktüblichen Wettbewerb ausgesetzt.

Im Geschäftsbereich Produktion ist die oekostrom AG-Gruppe in der Entwicklung von erneuerbaren Kraftwerksprojekten tätig. Einige Bundesländer (u. a. Burgenland und Oberösterreich) passen ihre Zonierungen für den Ausbau erneuerbarer Energien an. Sollten erforderliche Zonierungen/Flächenwidmungen nicht oder nur in deutlich geringerem Umfang umgesetzt werden, so könnten derzeit geplante Projekte möglicherweise nicht oder nur verspätet umsetzbar sein. Auch Verzögerungen beim Netzausbau können unsere Projekte negativ beeinflussen. Beides könnte wesentliche Einflüsse auf die Werthaltigkeit der Projektentwicklungspipeline der oekostrom AG-Gruppe haben.

Der Geschäftsbereich Handel kann Vertragskraftwerke und Handelspartner:innen an Wettbewerber:innen verlieren, wodurch die Ergebnislage negativ beeinflusst werden könnte.

Im Geschäftsbereich Vertrieb ist die oekostrom AG-Gruppe derzeit nur im Inland operativ tätig, wo sie mit einer Vielzahl an Mitbewerber:innen mit bestehenden gefestigten Geschäftsbeziehungen mit Kund:innen sowie deren Preisbildungspolitik zu konkurrieren hat. Die Margensituation in diesem Geschäftsbereich ist abhängig von der Preisbildung am Markt. Eine Verschärfung der Wettbewerbssituation kann eine Verschlechterung der Margen zur Folge haben.

Durch unsere eingeschlagene Strategie einer fairen Produkt- und Preisgestaltung sowie eines exzellenten Kundenservice und Marketing sehen wir uns im Wettbewerb gut gerüstet.

3.6. Preisrisiken

Die Marktpreise für Energie unterliegen Schwankungen, wobei nach den extremen Bewegungen in den Jahren 2022 und 2023 im Jahr 2024 eine spürbare Beruhigung an den Energiemärkten zu beobachten war.

Im Geschäftsbereich Produktion ist die oekostrom AG-Gruppe Strompreisänderungsrisiken ausgesetzt. Für die Wind- und Sonnenenergieprojekte in der oekostrom AG-Gruppe bestehen teilweise garantierte Einspeisetarife, teilweise werden die Stromkapazitäten am freien Markt angeboten. Die Einspeisetarife der Projekte sind in der Regel nicht wertgesichert, d. h. sie werden bei steigender Inflation nicht erhöht. Dagegen sind in den (Voll-)Wartungsverträgen der Projekte Inflationsanpassungsklauseln vorgesehen. Nach der Hochpreisphase der vergangenen Jahre sind die Strompreise im Jahr 2024 weiter gesunken, weshalb ein Großteil der Kraftwerkskapazitäten mittlerweile wieder über die gesetzlichen Einspeisetarife vermarktet wird. Das führt zu entsprechend geringeren Erträgen. Alle Projekte mit Einspeisetarifen unterliegen außerdem einem gewissen politischen Risiko, dass diese Tarife nachträglich Änderungen unterworfen werden könnten.

In den Geschäftsbereichen Handel und Vertrieb kauft die oekostrom AG-Gruppe einen großen Teil der an ihre Kund:innen vertriebene Energie direkt von Kraftwerksbetreiber:innen und Handelspartner:innen auf dem Energiemarkt zu. Die Energieeinkäufe erfolgen zu einem erheblichen Teil auf Basis von Terminmarktgeschäften für die folgenden Lieferjahre und müssen durch Bankgarantien bzw. Cash-Hinterlegungen besichert werden. Die Höhe der erforderlichen Besicherungen ermittelt sich dabei üblicherweise einerseits durch einen Basisbetrag und andererseits durch die tägliche Marktbewertung der jeweiligen Terminmarktposition. Aufgrund der hohen Volatilität in den Energiemärkten kann die Höhe der tagesaktuell erforderlichen Besicherung sehr stark schwanken. Insbesondere die durch Energiepreissteigerungen wertmäßig erhöhten Handelsvolumina können zu weiter erhöhten Besicherungsanforderungen führen, die wiederum weiter erhöhte Kapitalbindungen in der oekostrom AG-Gruppe hervorrufen können.

Der Geschäftsbereich Vertrieb beschafft die benötigten Strom- und Gasmengen für seine Privat- und Gewerbekund:innen branchenüblich schrittweise über mehrere Quartale. Ein Teil der für die Jahre 2025 und 2026 benötigten Strommengen wurde bereits beschafft, teilweise zu hohen Preisen in den Hochphasen der Energiepreiskrise, wodurch die durchschnittlichen Beschaffungskosten des Portfolios pro MWh höher liegen können als in vergangenen Jahren. Die Beschaffung wurde schrittweise zu den gesunkenen Großhandelspreisen fortgesetzt, ist jedoch weiterhin Marktpreisvolatilitäten ausgesetzt. Sollten zu einem späteren Zeitpunkt die Preise auf den Großhandelsmärkten für Energie schneller als erwartet oder sogar sprunghaft sinken, besteht das Risiko, dass neue oder etablierte Marktteilnehmer:innen zu günstigeren Beschaffungskonditionen in den Markt einsteigen und Kund:innen der Emittentin abwerben, und der Geschäftsbereich Vertrieb dann teuer akquirierte Übermengen zu niedrigeren Preisen verkaufen muss.

Im Geschäftsbereich Vertrieb werden außerdem Privatkund:innen-Verträge mit einer maximalen Preisgarantie von einem Jahr angeboten. Bei steigenden Großhandelspreisen können diese Verträge nach Ablauf der Preisgarantie angepasst werden. Es besteht aber das Risiko, dass Kund:innen in der Folge zu einem anderen Versorger wechseln bzw. dass aufgrund der

kompetitiven Marktsituation Preissenkungen früher als beim Wettbewerb bzw. Preiserhöhungen später als beim Wettbewerb weitergegeben werden müssen.

3.7. Energiewirtschaftliche Risiken

Die Mengen- und Preisrisiken in der mittel- bis langfristigen Strombeschaffung werden durch Trancheneinkäufe der langfristig geplanten Energiemengen begrenzt. Die Strompreise im Lieferzeitpunkt werden durch den Trancheneinkauf mittels Cost-Average-Effekt geglättet. Mit dieser Strategie können einerseits kurzfristige Preisschwankungen ausgeglichen werden und andererseits kann flexibel auf Bedarfsänderungen reagiert werden. Im Bereich der Gewerbekund:innen mit einem Strombezug von mehr als einer Gigawattstunde erfolgt zur Absicherung der Preisposition eine zeitnahe Back-to-Back-Beschaffung.

Im Bereich der Direktvermarktung aus Wasser-, Wind-, und Photovoltaikkraftwerken bestehen Mengen- und Preisrisiken durch den Abschluss von Fixpreisverträgen mit Lieferant:innen. Eventuell fehlende Liefermengen aus unterplanmäßiger Produktion seitens der direktvermarkteten Kraftwerke müssen zu Spot-Preisen nachbeschafft werden, eine eventuelle Überproduktion der direktvermarkteten Kraftwerke muss zu Spot-Preisen verkauft werden. Dies kann insbesondere in Zeiten geringerer Erzeugung (gegenüber der Planerzeugung) zu erhöhten Kosten führen, wenn die Marktpreise höher sind als die unter den Fixverträgen mit den Kraftwerksbetreiber:innen kontrahierten Preise. Dies gilt andererseits auch für über Plan liegende Produktionsmengen bei niedrigeren Großhandelspreisen.

Gleiches gilt für Strommengen, die der Geschäftsbereich Produktion in seinen Wind- und Solarkraftwerken produziert und am Terminmarkt verkauft. Auch hier kann eine Unter- oder Überproduktion gegenüber den kontrahierten Mengen zur Notwendigkeit eines kurzfristigen Nachkaufs oder Verkaufs von Strom und somit zu Mehrkosten führen.

Die kurzfristigen Mengen- und Preisrisiken für Spot- und Ausgleichsenergie werden durch eine zeitnahe Prognose der Erzeugungs- und Verbrauchsmengen mitigiert. Um die Ausgleichsenergiekosten niedrig zu halten, werden die Prognosen von Erzeugung und Verbrauch laufend angepasst und optimiert.

3.8. Lieferant:innen- und Kund:innenausfallrisiken

Der Geschäftsbereich Produktion bezieht Windkraftanlagen von nur wenigen am Markt tätigen Herstellerunternehmen. Zudem werden mit diesen Herstellern langfristige Vollwartungsverträge abgeschlossen, was zu einer gewissen Abhängigkeit von diesen Unternehmen führt. Viele der bestehenden Windkraftanlagen wurden von etablierten Herstellern (z. B. VESTAS, Enercon) geliefert, einige Windkraftanlagen wurden auch von kleineren Herstellern (z. B. eno energy) errichtet. Bei wirtschaftlichen Problemen bzw. einer Insolvenz eines dieser Herstellerunternehmen besteht daher das Risiko, dass es zu Verzögerungen und Ausfällen bei der Auslieferung von Windkraftanlagen bzw. zu Verzögerungen und Ausfällen im Bereich der Lieferung von Ersatzteilen und Wartungsarbeiten der Kraftwerke kommt. Ähnliches gilt auch im Bereich von Photovoltaik-Anlagen, wenngleich mit geringerer Risikowirkung aufgrund des pluralistischen Komponenten- und Serviceangebots.

In den Geschäftsbereichen Handel und Vertrieb besteht auf der Lieferantenseite das Risiko, dass Kraftwerksbetreiber:innen oder Handelspartner:innen nicht mehr lieferfähig sind oder insolvent werden und die Energie nicht mehr bzw. nicht mehr zum vereinbarten Preis liefern können. In einem solchen Fall muss die oekostrom AG-Gruppe die bereits eingekauften Energiemengen neuerlich zum aktuellen Marktpreis beschaffen. Sollten die am Großhandelsmarkt erzielbaren Marktpreise höher sein als die Marktpreise der ursprünglich beschafften Energiemengen, entsteht daraus ein Verlust in entsprechender Höhe.

Außerdem besteht in den Geschäftsbereichen Handel und Vertrieb auf der Absatzseite das Risiko, dass Handelspartner:innen bzw. Großkund:innen nicht mehr abnahmefähig sind oder insolvent werden und die Energie nicht mehr bzw. nicht mehr zum vereinbarten Preis abnehmen können. In einem solchen Fall muss die oekostrom AG-Gruppe die bereits verkauften Energiemengen zum aktuellen Marktpreis an andere Kund:innen verkaufen. Sollten die am Großhandelsmarkt erzielbaren Marktpreise niedriger sein als die Marktpreise der ursprünglich beschafften Energiemengen, so entsteht daraus ein Verlust in entsprechender Höhe.

Im Geschäftsbereich Vertrieb kann es bei hohen Preisen zudem zu erhöhten Forderungswertberichtigungen kommen.

Zur Minimierung der Ausfallrisiken führen die Unternehmen der oekostrom AG-Gruppe regelmäßige Bonitätsprüfungen durch.

3.9. Technische Risiken und Sicherheitsrisiken

Die oekostrom AG-Gruppe verfügt über eine moderne IT-Infrastruktur, die durch spezialisierte externe Partnerfirmen gewartet und betreut wird. Zudem wurde eine laufende automatische state-of-the-art Datensicherung in einem österreichischen Datacenter implementiert. Damit können die Schlüsselkräfte des Unternehmens in einem Feuer- oder Datendiebstahls-Szenario den Vollbetrieb binnen weniger Stunden in einem Notfallraum des Datacenters weiterführen.

Zudem sind in Folge des Ukraine-Kriegs in letzter Zeit mehrfach Hackerangriffe auf systemkritische Infrastruktur berichtet worden. Sollte ein Hackerangriff auf die Stromnetze und/oder die Betriebs- und Überwachungssysteme der Hersteller:innen von Windkraftanlagen erfolgreich sein, könnte es zu Störungen in der Lieferfähigkeit der Emittentin kommen, was wesentliche negative Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb hätte.

Zur Umsetzung der Anforderungen der Cybersicherheits-Richtlinie NIS 2 wurde im Jahr 2024 die Informationssicherheitspolitik der oekostrom AG-Gruppe als Basis für eine wirkungsvolle und nachhaltige Informationssicherheit in Anlehnung an die ISO 27001:2022 neugestaltet. Als Grundlage für ein einheitliches, standardisiertes Informationssicherheits-Management System (ISMS) beinhaltet sie unter anderem die Informationssicherheitsstrategie der Gruppe sowie eine Richtlinie für die Informationssicherheitsorganisation.

Die oekostrom AG-Gruppe errichtet und betreibt Wind- und Solarkraftwerke. Dabei orientiert sie sich an hohen Sicherheitsstandards. Die betriebenen Wind- und Solarkraftwerke stammen von erfahrenen Herstellerfirmen und unterliegen strengen Sicherheitsstandards und Genehmigungen.

Dennoch können physische Risiken (z. B. durch Eiswurf bei Windkraftanlagen) nicht ganz ausgeschlossen werden.

Weiters können unsere Erzeugungsanlagen ungeplant ausfallen, was zu Erlösminderungen führt. Durch langfristige Vollwartungsverträge mit Verfügbarkeitsgarantien sind diese Mindererlöse vor allem bei den neueren Anlagen zu einem guten Teil durch die Hersteller der Anlagen abgesichert. Allerdings kann es bei den entsprechenden Kompensationen aufgrund längerer Durchrechnungszeiträume für die Verfügbarkeitsberechnung zu Erlösverschiebungen in spätere Geschäftsjahre kommen.

3.10. Meteorologische Bedingungen

Wesentlichen Einfluss auf die Rentabilität von Betriebsanlagen im Bereich erneuerbarer Energien hat die tatsächliche meteorologische Situation, die die Menge des erzeugten elektrischen Stroms maßgeblich beeinflusst. In den Jahren 2019 bis 2024 schwankte der Erzeugungskoeffizient der bestehenden oekostrom AG-Kraftwerke (also die tatsächliche Erzeugung in einem Jahr im Verhältnis zur langjährigen Normerzeugung) zwischen 105 und 87 %. Bei der Neuanschaffung von Kraftwerken holt die oekostrom AG-Gruppe externe Gutachten namhafter Windgutachter:innen ein, um die zukünftige Erzeugung der Kraftwerke zu prognostizieren. Diese Gutachten werden auf Basis historischer meteorologischer Daten erstellt. Es besteht bei den Gutachten eine Prognoseunsicherheit, die zu Abweichungen der realen von den im Gutachten erwarteten Erzeugungsmengen führen können. Es ist zudem möglich, dass die zukünftigen meteorologischen Gegebenheiten aufgrund von Faktoren, die nicht im Einflussbereich der oekostrom AG-Gruppe liegen (z. B. Abschattungen durch Zubau im Umfeld der Kraftwerke, Klimawandel), negative Auswirkungen auf den Erzeugungskoeffizienten und somit auf die Rentabilität der Kraftwerke haben.

3.11. Regulatorische und Steuer-Risiken

Der Energiemarkt unterliegt gesetzlichen Regulierungen und Verordnungen. Da Österreich ein Mitgliedstaat der EU ist, ist die oekostrom AG-Gruppe einer Vielzahl von Rechts- und Verwaltungsakten der EU, des österreichischen Gesetz- und Ordnungsgebers und des für den Strommarkt in Österreich zuständigen Regulators E-Control unterworfen.

Änderungen von für die oekostrom AG-Gruppe oder einzelne Gruppenunternehmen einschlägigen Rechtsvorschriften und/oder des Grades staatlicher Eingriffe und/oder des relevanten Aufsichtsregimes können die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der oekostrom AG in einem wesentlichen Ausmaß beeinträchtigen. So haben aufgrund der stark steigenden Kosten auf den Großhandelsmärkten für Strom und Gas im Jahr 2022 und 2023 drei wesentliche regulatorische Eingriffe stattgefunden: Energiekostenausgleichsgesetz 2022 (EKAG 2022), Stromkostenzuschussgesetz (SKZG) und Energiekrisenbeitrag-Strom (EKBSG).

Steuerliche Eingriffe aufgrund hoher Großhandelspreise, etwa der Energiekrisenbeitrag-Strom oder ähnliche Regelungen in unseren Tätigkeitsländern, können die Erträge nach Steuern negativ beeinflussen. Auch kurzfristige, ertragsreduzierende Änderungen an diesen steuerlichen Abschöpfungen – wie in Österreich Mitte 2023 und Anfang 2024 bereits erlebt – sind möglich.

Die Möglichkeit von Ertragsminderungen aufgrund weiterer Sondersteuern auf erhöhte Gewinne oder die Abschöpfung von Erlösen kann nicht ausgeschlossen werden.

3.12. Wesentliche Rechtsstreitigkeiten

Derzeit sind keine wesentlichen Rechtsstreitigkeiten gerichtlich anhängig.

3.13. Personalrisiken

Der Unternehmenserfolg beruht zu einem wesentlichen Teil auf den Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakten ihrer Führungskräfte sowie der Führungskräfte ihrer Tochtergesellschaften. Der Verlust solcher Führungskräfte oder anderer Schlüsselmitarbeiter:innen sowie die mangelnde Verfügbarkeit von Facharbeitskräften könnte einen erheblich nachteiligen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der oekostrom AG-Gruppe haben. Durch regelmäßige Befragungen der Mitarbeiter:innen erfasst die oekostrom AG Gruppe die Stimmungslage und Meinungen innerhalb der Belegschaft und leitet daraus Aktivitäten zur Bindung der Mitarbeiter:innen ab.

3.14. Risiken aus dem Krieg in der Ukraine

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine bergen nach wie vor Risiken für den Energiemarkt und in weiterer Folge für die oekostrom AG-Gruppe. So können weiterhin Lieferengpässe für wichtige Rohstoffe zu steigenden Marktpreisen bei Erdöl, Erdgas und Kohle führen, die auch starke Steigerungen der Strompreise nach sich ziehen können. Diese Risiken haben aber im Verlauf des Jahres 2024 vor allem aufgrund der Umstellung der europäischen Gasversorgung der vergangenen Jahre in Richtung Flüssiggas (LNG) weiter abgenommen.

3.15. Gesamtrisiko

Bei Gesamtabwägung sind die Risiken, denen die oekostrom AG-Gruppe ausgesetzt ist, als beherrschbar zu bewerten. Der kumulierte Eintritt von Risiken, deren Auswirkungen den Fortbestand des Konzerns gefährden könnten, ist unwahrscheinlich. Auch aus den aktuellen makroökonomischen Entwicklungen erwarten wir keine über die oben angeführten Risiken hinausgehende wesentliche negative Auswirkungen.

3.16. Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme (IKS)

Die oekostrom AG-Gruppe verfügt über ein internes Risikomanagement- und Kontrollsystem (IKS), das insbesondere die Risiken in den Themengebieten Energiewirtschaft, Produktion und IT regelmäßig überwacht und laufende Verbesserungsmaßnahmen ableitet.

Das interne Berichtswesen beinhaltet die wesentlichen Informationen zur Steuerung und Überwachung der Geschäftsentwicklung und der Risiken. Das Risikomanagement- und IKS-System wird weiterhin laufend aktualisiert. Darüber hinaus werden regelmäßig

Führungskräftebesprechungen abgehalten, in denen über die aktuellen und wichtigen Entwicklungen berichtet wird. Der Aufsichtsrat der oekostrom AG wird regelmäßig – mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – über geschäftliche Entwicklungen und damit verbundene Risiken informiert.

Wien, am 22.04 2025


Dr. Ulrich Streibl, 22.04.2025 17:50
Freigegeben mit XiTrust M OKIS

Dr. Ulrich Streibl


Jan Häupler, 22.04.2025 17:46
Freigegeben mit XiTrust M OKIS

Dr. Jan Häupler

Vorstand der oekostrom AG energy group

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017)). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl. Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufssüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufssüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untern, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.